

## B e r i c h t

über die Betriebsräteversammlung der Industrie-Gewerkschaft Metall - Ortsverwaltung Hannover - am 30.4.1948 im Hause der Gewerkschaft, Rathenauplatz 3.

Koll. Dannenberg eröffnet um 9,30 Uhr die Versammlung und bittet den Koll. Storch um Bericht über seine in Frankfurt geführten Verhandlungen betreffs der Ernährungslage.

Koll. Storch: "Die unterschiedliche Brotversorgung im vereinigten Wirtschaftsgebiet hat uns seit Januar ds.Js. die grössten Schwierigkeiten gemacht. Der Koll. Beermann und ich haben im Januar und Febr. zweimal in Frankfurt mit den Engländern und Amerikanern über diese Dinge verhandeln wollen. Wir sind aber immer wieder gegen eine Mauer gelaufen. Wenn man bei den deutschen Stellen eine gewisse Einsicht gefunden hatte, hörte man 8 Tage darauf, dass wieder alles beim Alten geblieben ist. Ich habe im Monat März dem Dir. Schlange-Schöningen persönlich gesagt: Es sei seine Aufgabe, bei den Generälen Clay und Adcock vorstellig zu werden, um diese ganze offensichtliche Ungerechtigkeit abzuändern. Schlange-Schöningen hat damals zugesagt und ich glaubte, dass nunmehr die Dinge in Ordnung kamen. Stattdessen bekam ich einige Zeit darauf einen Brief und Schlange-Schöningen schrieb mir: Es würde wahrscheinlich möglich sein, ab April gewisse Besserungen eintreten zu lassen. Aber über die Kernfrage "Warum und wie lange die unterschiedliche Versorgung bestehen bleiben soll" stand in dem Brief nichts.

Weiter wurde dann von Schlange-Schöningen und Podeyn der Antrag gestellt, der Ausschuss möchte beschliessen, dass Schlange-Schöningen beauftragt wird, alle Vorbereitungen zu treffen, um die einheitliche Ernährungsbasis für die Bizone wiederherzustellen. Nach dem "Kartoffelkrieg" hat man die Ernährungsminister in der Bizone zusammengeholt, sie sollten den Ausweg suchen, wie man über den Winter hinwegkäme.

Die 5 Länder, die als Zuschuss in Frage kamen (Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Württemberg-Baden) hatten bei den 8 Ministern die Mehrheit und haben beschlossen, dass diejenigen Länder, die ihre Kartoffeln nicht nach dem vorgesehenen Plan abgeliefert die fehlenden Mengen vom Brotgetreide abgezogen bekommen.

Diesem Antrag der Ernährungsminister hat sich dann auch der damalige Exekutivrat des Wirtschaftsrates angeschlossen und über den ist dann dieser Vorschlag an die Engländer und Amerikaner gegeben worden, diese haben dann denselben freudig aufgegriffen, denn dadurch war die Einigkeit auseinandergerissen. So war die Situation im März. Mein Antrag, die Einigkeit wiederherzustellen, wurde im Ausschuss einstimmig angenommen.

Spricht dann weiter über die Ausgleichung in der Fettversorgung. Da das Defizit von 200 000 t Brotgetreide sich auf 150 000 t verringert hatte infolge besserer Ablieferung Jan.-März, stellte der Vortragende den Antrag auf Erhöhung der Brotration für die Strafländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein, evtl. Erhöhung ab 1. April zumindest um 1000 g.

Das Amt war mit dieser Erhöhung einverstanden und gab der Presse entsprechende Berichte. Diese Notiz hat bei den Generälen die Meinung erzeugt, man wolle sie zu irgendetwas zwingen und darum haben sie ihre Genehmigung verweigert.

Koll. Storch hebt die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit deutscher Stellen untereinander hervor. Wie könne es sonst geschehen, dass Schlange-Schöningen erklärt, dass die besten Ablieferer (Nieders.u. Schleswig-Holstein) schlechter behandelt werden, als die anderen Länder. Die Mil.Regierung war anderer Ansicht.

Ich hatte dann später die Möglichkeit mit Clay persönlich zu sprechen und ihm die Angelegenheit vom Standpunkt des Arbeiters über die unterschiedliche Brotversorgung darzustellen. Da Gen. Clay aber nicht länger Zeit hatte mit mir zu verhandeln, wurde ich von ihm für den anderen Morgen bestellt. Hier hatte ich nun Gelegenheit 5/4 Stunden mit dem General zu sprechen. Sie müssen sich Clay vorstellen, wie man bei uns einmal Ludendorf gekannt hat - Militär - korrekt bis zum letzten, aber stur wie ein Bock und wo er einmal steht da steht er und wenn er der Meinung ist, dass irgendjemand nicht seine Pflicht tut, dann fasst er ihn an den Kragen. In einer Sitzung vorher hatte Gen. Clay erklärt, als der Zwischenruf laut wurde, man müsse ja die Schuldfrage erst noch klären, wenn er der kommandierende General in Niedersachsen gewesen wäre, hätte es ihm genügt die Regierung abzusetzen. Also wie gesagt, Kollegen, das waren die Dinge. Ich habe dann offen und frei gesagt, der Zustand wäre gewerkschaftlich gesehen, untragbar und wenn hier eine politische Schuld der Regierung vorgelegen habe, dann hätte man von der Militärregierung die Regierung bestrafen sollen, aber nicht die Normalverbraucher. Auch hätte man die Bauern bestrafen sollen, falls sie ihrer Ablieferungspflicht nicht genügten, aber nicht die großstädtische Arbeiterschaft.

Der General führte weiter aus, dass er die 150.000.000 Dollar, die er bei Einbruch der furchtbaren Kälte im Winter 47 vom Senat anforderte, nur unter der Bedingung bekommen hätte, die Länder - die ihren Verpflichtungen nicht nachkämen - zu bestrafen. Er werde sich aber nunmehr die Sache noch einmal überlegen und wenn er anderes entschieden habe, dann nicht um den Deutschen Regierungsstellen ihre Lage zu erleichtern, sondern nur der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lage Rechnung zu tragen.

Ich hatte nun die stille Hoffnung, dass diese Entscheidung sehr bald getroffen würde, aber es wurde nichts gemacht und die Dinge liefen weiter.

In der vorigen Woche war ich wieder in Frankfurt, um zu erfahren, was nun eigentlich werden soll, da die Situation unhaltbar zu werden beginnt. Nicht nur in Hannover, sondern in ganz Niedersachsen und Schleswig-Holstein nimmt die Unruhe zu. Am letzten Sonntag in Hamburg stand die Frage zur Debatte, ob nunmehr die Gewerkschaft zu ihrem letzten Mittel für das gesamte Gebiet greifen sollte. Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass es in Frankfurt keine Stelle gibt, die eine Entscheidung herbeiführen kann, sondern einzig und allein ist Clay dafür zuständig. Ich hatte von den Kollegen in Hamburg den Auftrag bekommen, erneut mit Clay zusammenzukommen und von ihm eine endgültige Antwort zu bekommen. Da aber weder Gen. Clay, noch Gen. Atcock zu sprechen waren, sprach ich die ganze Angelegenheit mit Minister Fliess durch. Ich bekam dann später von Minister Fliess, dass die ganze Sache noch einmal Gen. Clay vorgetragen wäre und er sei bereit, seine vorherige Stellungnahme zu revidieren, das bedinge aber, dass von den deutschen Stellen sofort Vorschläge gemacht werden sollen.

Ausserdem traf ich in Frankfurt noch unseren Ernährungsminister Block, sowie Ministerpräsident Kopf, mit denen ich noch eine kurze Besprechung hatte. Auch diesen Herren sagte ich nochmals, dass unbedingt etwas geschehen müsse.

ie Mitteil-  
lung

Koll. Storch schildert die bürokratischen Behandlung der Angelegenheit und gab der Befürchtung Ausdruck, dass wir dadurch keinen Schritt vorwärts kommen und die nächsten Lebensmittelkarten schon halb aufgegessen sind, bevor eine Einigung über die Ziffern erzielt ist.

Nach einem Anruf (in Frankfurt) habe ich mich mit Min.Präs.Kopf ins Benehmen gesetzt und darum gebeten, 3-4 Leute hier in Frankfurt zu lassen, bis eine ganz klare einheitliche Stellung mit dem Amt von Schlange-Schöningen hergestellt ist. 24 Stunden später müssten sie bei der Mil.Reg. vorstellig werden, das ist jetzt ihre Aufgabe.

(Koll. Storch erwartet im Laufe des Tages noch Antwort, wie die Dinge in Frankfurt laufen).

Über eins müssen wir uns klar sein; wenn in der Zukunft weiterhin bei den deutschen Stellen keine gute Zusammenarbeit erzielt wird und der eine den anderen die Schuld in die Schuhe schieben will, wenn die Dinge nicht klappen wollen, in der Welt die Meinung entstehen kann, dass in Deutschland mit den Lebensmitteln Schindluder getrieben wird; wenn einmal die Ziffern zu hoch und einmal zu niedrig eingesetzt werden, der Eindruck entstehen kann, dass tatsächlich die Lebensmittel vorhanden seien und nur nicht in die richtigen Kanäle geleitet werden.

Ich habe gestern im Amt Schlange-Schöningen und den Herren Ernährungsministern gesagt, die Neuregelung der Zuteilung müsse mit Wirkung vom 1. Mai durchgeführt werden. Wenn auch nicht in der 1. Dekade, dann aber in der 2. oder 3. So ist die augenblickliche Situation.

Koll. Dannenberg gibt seiner Meinung Ausdruck, dass aus dem Bericht des Koll. Storch nicht zu entnehmen sei, wie das Zweizonenamt die Angelegenheit zum Abschluss bringen will bzw. wie der General Clay über den Vorschlag der Deutschen entscheidet. Wir können darum nicht in die Betriebe zurückgehen und sagen, morgen wird es besser.

Nach Bekanntgabe, dass neben der Hanomag noch die Firmen Eisenwerk Wülfe der Mil.Betrieb der Hanomag, Rud. Weiss, Raddatz und Lind.Eisen-u.Stahlwerke die Arbeit niedergelegt haben, gibt der Koll. Dannenberg die weiteren Richtlinien.

Die Ortsverw. hat festgelegt, dass die Betr.Räte nicht über die Arbeitseinstellung zu beschliessen haben, werden aber von hier aufgefordert, heute morgen in die Betriebe zurückzugehen und die Kollegen zu fragen, ob auch sie die Arbeit niederlegen wollen (geheime Abstimmung der org.Kollegen). Am Montag, den 3.5., 8.00 Uhr morgens, tagt der Vorstand in der Hanomag, wo auch um 9.00 Uhr die Vertreterversammlung sich mit der Gesamtlage befassen wird. Anschliessend um 11.00 Uhr kommen die Betriebsräte noch einmal zusammen, die nach Möglichkeit am selben Tage um 14.00 Uhr noch Betriebsversammlungen durchführen sollen.

Ich bitte, den Kollegen zu sagen, dass wir aufgrund der ganzen Lage und der noch nicht erfolgten Stellungnahme des Vorstandes in Mülheim/Ruhr nicht imstande sind, eine Unterstützung für die Zeit der Arbeitsniederlegung zu zahlen (ebenfalls gibt es keine Lebensmittelzulage).

Koll. Brenner ist der Ansicht, dass nach dem Bericht des Koll. Storch jene Aktionen wirksam werden müssten, von denen er sprach. Es sind Arbeitsniederlegungen spontan erfolgt und es wirkt sich das aus, was wir seit Jahren bereits sagen, dass die Arbeiter am Ende ihrer physischen Kraft sind. Es ist das Resignieren vor der Unfähigkeit einer staatlichen Exekutive. Wenn wir diese Dinge klar erkennen, müssen wir auch das Verständnis dafür aufbringen, dass es sich hier nicht um einen Arbeitskampf handelt, der nach den Satzungen der Gewerkschaft geführt und sanktioniert werden müsste. Wenn eine Sanktionierung nicht möglich ist, hindert den Vorstand daran die Satzung.

Etwas anderes bedeutet es, dass man sich hinter diese Kräfte stellen muss, die jetzt durch ihren Kampf dokumentieren, dass sie tatsächlich keine andere Möglichkeit mehr sahen, ihre Forderungen durchzusetzen. Es muss mit aller Deutlichkeit einmal gesagt werden, dass es so nicht weiter geht, dass einmal im Radio Lebensmittelerhöhungen hinausposaunt werden und am nächsten Tag widerrufen.

Wir wissen, dass wir die Arbeiter, wenn sie einmal draussen sind, so leicht nicht wieder zurückbringen. Wir sehen auch, dass, wenn einmal die Lavine ins Rollen gekommen ist, man nicht weiss, wohin sie rollt, aber meine Meinung ist - und jetzt spreche ich als Gewerkschaftler, dass wir die Dinge in der Hand behalten müssen und dass das Vertrauen zu den Gewerkschaften bestehen bleiben muss. Alles was wir beschliessen, muss in den Betrieben fortgesetzt werden. Wenn die Regierung, die dieses ja eigentlich auf der politischen Ebene hätte in Gang bringen müssen, versagt, müssen wir uns eben einschalten.

Wir müssen also eine geschlossene Gewerkschaftsaktion daraus machen und es wäre besser, wenn die beiden Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam vorgehen würden. Aber wie auch die Länder verschiedene politischen Auffassungen haben, so ist es auch mit den Gewerkschaften. Unsere Kollegen in Norrnark wollen nicht mitmachen.

Wir müssen die Dinge so formulieren, dass wir mit einem Erfolg der Gewerkschaften und mit einem Erfolg der Arbeiterschaft rechnen können. Wir stellen 2 Forderungen, die folgenden Wortlaut haben:

- 1.) Gleichstellung der Länder in der Bizone in der Brotversorgung,
- 2.) Die Sicherstellung der Fleischration jetzt in der 113. Periode und die Lieferung der rückständigen Zuteilungen hier in Hannover.

Diese Forderungen sind realisierbar. Bei der um 11,00 Uhr stattfindenden Besprechung im Ministerium werden wir diese Forderungen stellen und zwar nicht in nächster Zeit, sondern schon in der nächsten Woche die Abgeltung der Fleischrationen verlangen, denn wir können es nicht länger mit ansehen, dass die Hausfrauen sich eine ganze Nacht anstellen, nur um ihre 100 gr. Fleisch zu bekommen. Und wir sind der Meinung, dass die Möglichkeit besteht, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist nicht alles getan von den deutschen Behörden. Diese Dinge wollen wir als Parole herausstellen und in dieser Richtung den Kampf aufnehmen. Und diese Forderung wollen wir auch unserer höchsten Gewerkschaftsführung, mit der wir am Montag zusammenkommen, vorlegen. Ohne klare Zielsetzung kann ein Streik nicht geführt werden.

Wir wissen auch, dass das Solidaritätsgefühl in den anderen Hannoverschen Betrieben vorhanden ist.

Koll. Dannenberg weist noch auf einige Punkte hin, die <sup>bei der</sup> Arbeitsniederlegung zu beachten sind (Notdienst, Feuerwehr u. Bewachung) und zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung besprochen werden müssen. Selbstverständlich muss der Betriebsrat einen der Kollegen in den Betrieb delegieren, der immer den Kontakt hat mit dem Betrieb und den Dingen, die im Betrieb vorgehen. Weiter ist es notwendig, dass wir von Euch einen Bericht erhalten, ob die Arbeit niedergelegt ist und wie die Abstimmung war. Diese Ergebnisse müssen bis spätestens Montag, 3.5.48, zu der Besprechung auf der Hanomag vorliegen.

Koll. Winter schliesst sich den Ausführungen der Koll. Storch, Dannenberg und Brenner an und hebt die Schwierigkeiten eines Streiks ohne Sanktionierung durch den Vorstand betreffs der Finanzierung hervor. Des weiteren wird vom Koll. Winter eine Entschliessung für die Konferenz vorgeschlagen und verlesen.

In kurzen Ausführungen umreissst der Koll. Winter noch einmal die bisher getroffenen Massnahmen bei der Arbeitsniederlegung in der Hanomag, so u.a. Notdienst (Kraftwerk, Pförtnerstelle, Feuerwehr, Krankenkasse), Ablehnung aller Arbeiten für die Messe und Lehrlings- und Angestellten-erfassung.

"Ich glaube, dass wir die Bewegung so in der Hand behalten und werden dafür sorgen, dass die Aktion so ausläuft, wie wir sie vor 1933 gewohnt gewesen sind."

Koll. Dannenberg :

-/Ha.

Nun noch zu der Entschliessung. Ich würde empfehlen, heute nicht darüber abstimmen zu lassen, sondern dass dieses eine Angelegenheit der Vertreter ist und wir deshalb eine Vertreterversammlung einberufen müssen, denen es überlassen werden muss, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen.

Schluss der Versammlung um 11.00 Uhr.

-.--.-.-.-